

Wir sind die alte Garde des Proletariats

Natürlich wissen wir, dass in **Heinrich Eldermanns** Text von 1907 von der „jungen Garde“ die Rede ist. 70 Jahre später sang **Hannes Wader** das Lied hingebungsvoll und auch heute noch erklingt es dann und wann. Aber was ist los mit der jungen Garde? In Berlin hat sich mit dem Ziel, die Hauptstadt-SPD aufzufrischen, die alte Garde zusammengerauft und eine Initiative gegründet. „Die Berliner SPD erneuern, bevor es zu spät ist. Die Berliner SPD steht an einem Wendepunkt; sie muss sich inhaltlich und personell erneuern.“, heißt es in dem Aufruf, der als „innerparteilicher Weckruf“ verstanden werden soll.

Erkenntnisse: „Seit 2001 die stärkste politische Kraft, ist die Berliner SPD heute auf den fünften Platz abgestürzt: 15,1 Prozent bei der Bundestagswahl – das schlechteste Ergebnis seit der Wiedervereinigung. Wir dürfen uns nicht länger etwas vormachen: Das ist keine Momentaufnahme, das ist ein struktureller Vertrauensverlust.“ Die Mitglieder der Berliner Sozialdemokraten werden aufgefordert, sich der Initiative anzuschließen.

Bevor man irgendetwas unterschreibt, sollte man stets nachschauen, wer schon unterschrieben hat. Hier ein Auszug aus dem „Who is Who“ der Ehemaligen: **Gisela von der Aue** (Ex-Senatorin), **Ehrhart Körting** (Ex-Senator), **E. Jürgen Zöllner** (Ex-Senator), **Hella Dunger** (Ex-Staatssekretärin), **Stephan Schwarz** (Ex-Senator), **Michael Müller** (Ex-Regierender Bürgermeister, Senator, Landes- und Fraktionsvorsitzender, MdB), **Peter Strieder** (Ex-Senator und Landesvorsitzender), **Ditmar Staffelt** (Ex-Parlamentarischer Staatssekretär und Landesvorsitzender), **Klaus-Uwe Benneter** (Ex-Juso-Chef und Generalsekretär), **Wolfgang Nagel** (Ex-Senator), **Ralf Wieland** (Ex-Parlamentspräsident), **Detlef Prinz** (umtriebiger Medienunternehmer), **Karl Heinz Nolte** (Ex-MdA), **Axel Seltz** (Ex-Bezirksverordneter), **Astrid-Sabine Busse** (Ex-Senatorin), **Daniel Buchholz** (Ex-MdA), **Kevin Hönicke** (Ex-Stadtrat), **Tim Kauermann** (Unternehmer und Ex-Hertha-Spieler), **Beate Stoffers** (Ex-Staatssekretärin, aktuell Geschäftsführerin der Stiftung Zukunft Berlin), **Horst Achim Kern** (Ex-Parlamentarischer Geschäftsführer und SPD-Urgestein), **Horst Porath** (Ex-Stadtrat), **Frank Bielka** (Ex-Bürgermeister von Neukölln und Staatssekretär), **Rainer Frohne** (Ex-Stadtrat und BEHALA-Chef). In Amt und Würden sind

drei Politiker aus Tempelhof-Schöneberg, **Oliver Fey** (Bezirksverordneter), **Stefan Böltes** (BVV-Vorsteher) und **Oliver Schworck** (Stadtrat für Jugend und Gesundheit). Schworck wird mit Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse auch als Kontaktperson auf der Internetseite genannt.

Zustandsbeschreibung: „Die Wählerwanderung von der SPD zur AfD ist erschreckend und macht deutlich: weder allein die Bundespolitik noch die Koalition mit der CDU sind die Ursachen, sondern, dass in der Berliner SPD häufig Themen die politische Agenda dominieren, die an den Alltagserfahrungen und der Lebenswirklichkeit der Berlinerinnen und Berliner vorbeigehen. Wir werden die Demokratie nicht durch Parolen verteidigen, sondern nur, wenn wir den Menschen zuhören, ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen und nicht mehr versuchen, ihnen von oben herab zu erklären, dass sich die Dinge ganz anders darstellen als sie glauben.“

Die Berliner SPD hat ihre gesellschaftliche Verankerung verloren.

Die Realität ist unbequem, aber sie muss ausgesprochen werden: Die Politik der Berliner SPD muss sich wieder stärker an der Lebenswirklichkeit ihrer Mitglieder und ihrer Wählerschaft orientieren, sonst entfernen sich Entscheidungen und politische Prioritäten zunehmend von den vielen Menschen, die mit ihrer Arbeit ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten und diese Stadt am Laufen halten. Wir haben uns von der arbeitenden Mitte entfernt. Auch wenn gesellschaftliche Veränderungsprozesse das klassische Milieu der SPD mehr und mehr auflösen, bleibt es Aufgabe der Sozialdemokratie sich für die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Angestellten und HandwerkerInnen, den kleinen Selbständigen und mittelständischen Familienbetrieben einzusetzen. Dies muss das Markenzeichen der SPD sein, die höchste Priorität haben, auch bei Alternativenentscheidungen. Nur wenn Berlin auch eine wirtschaftliche Zukunft hat, können die Berlinerinnen und Berliner hier ein gutes Leben führen, angemessen wohnen und ihre Kinder versorgen.

Wir müssen politisch und personell den Mut zur Erneuerung haben.

Die Berliner SPD muss wieder zuhören, lernen, handeln und eine konstruktive Streitkultur entwickeln. Es reicht nicht zu sagen, was sich gut anfühlt. Es muss ausgesprochen werden, was getan werden muss. Die den Menschen wichtigen Themen wie Zunahme von Drogen- und Gewaltkriminalität, Wirt-

schaftskrise und Arbeitsplatzabbau, Mangel an Wohnraum und steigende Mieten, irreguläre Migration, ineffizientes Bildungswesen, Verwahrlosung des öffentlichen Raums, Unvermögen von Verwaltung und Defizite bei öffentlichen Unternehmen dürfen wir nicht klein reden, sondern müssen sie ernst nehmen. Politik und Verwaltung müssen sich als Dienstleister und Ermöglicher verstehen. Dies hat für uns Priorität, sowohl bei der Gestaltung des künftigen Programms als auch bei der personellen Auswahl.

Konkret kann das für Berlin heißen:

Soziale Gerechtigkeit heißt nicht für alle das Gleiche, sondern für alle das Richtige.

Soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit gehören zum Kern sozialdemokratischer Politik. Sie werden aber missverstanden, wenn aus Berlin statt der „für alle bezahlbaren Stadt“, die „für alle Umsonst-Stadt“ wird. Das Prinzip „Umsonst-Stadt“ führt doppelt zu sozialer Ungerechtigkeit: Es profitieren auch jene, die es bezahlen können – und an anderer Stelle, wo eher noch mehr unterstützt werden müsste, fehlt das Geld. Wählerinnen und Wähler lassen sich weder durch kostenloses Mittagessen noch durch den Verzicht auf regelmäßigen Inflationsausgleich bei Mieten und Tickets kaufen. Sie erwarten funktionierende Lösungen und keine Ersatzbefriedigungen. Zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit gehört auch der Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur. Eine deutlichere Kritik an dem Konzept der von **Raed Saleh** propagierten „Umsonst-Stadt“ hörte man bislang selten.

Unter: <https://www.erneuerung-spd.berlin/> sind die weiteren Texte zu den Themen „Wohnen“, „Sicherheit“, „Mobilität“, „Wissenschaft und Industriepolitik“, „Vielfalt“ und „Berlin lebenswerter machen“ nachzulesen.

Der Weckruf: „Die SPD darf sich nicht länger vor der Wirklichkeit drücken. Wenn wir 2026 noch eine politische Rolle spielen wollen, müssen wir jetzt die Weichen stellen. Es geht um einen anderen Kurs und eine neue Haltung. Wir müssen wieder zur Partei werden, die keine leeren Versprechen macht – sondern handelt. Um einen neuen Kurs durchzusetzen, brauchen wir auch die, die bisher nicht oder nicht mehr aktiv sind. Macht mit! Wir haben verstanden. Jetzt muss gehandelt werden.“

Der **Tagesspiegel Checkpoint** kommentiert: „Die Berliner SPD hat ... ein neues Motto: Wer sind wir und wenn ja, wie viele? So langsam verlieren selbst wir den Überblick über die verschiedenen Strömungen,

Machtzentren und Cliquen bei den Sozialdemokraten. Gestern kam jedenfalls eine neue Gruppierung hinzu: Unter „[erneuerung-spd.berlin](https://www.erneuerung-spd.berlin/)“ stellen einige nicht allzu neue Sozialdemokraten eine Reihe inhaltlicher Forderungen auf. In aller Kürze: mehr Fokus auf Arbeitnehmer, Sicherheit, eine geordnete Migrationspolitik. ‚Enteignungs-Debatten‘, ‚ideologischen Streit‘ in der Verkehrspolitik und das ‚Prinzip Umsonst-Stadt‘ will man anderen überlassen (beziehungsweise **Raed Saleh**).

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören bislang überwiegend keine aktuell tätigen Funktionäre der SPD. Im nächsten Jahr wird (mal wieder) gewählt. In der **aktuellen Umfrage von INSA** vom 21. Mai kommt die jetzige Koalition aus **CDU** (24) und **SPD** (17) nur noch auf 41 Prozent, genauso viel wie die Oppositionsparteien zusammen: **Grüne** (15), **Linke** (13), **AfD** (13). Dass die CDU wieder mit **Kai Wegner** um das Amt des Regierenden Bürgermeisters ins Rennen gehen wird, dürfte als gesetzt gelten. Was ist aber mit der SPD? **Martin Hikel** und **Nicola Böcker-Giannini** müssten als Landesvorsitzende eigentlich das Zugriffsrecht, zumindest aber ein Mitspracherecht bei der Auswahl der Spitzenkandidatin bzw. des Spitzenkandidaten haben. Der Name **Franziska Giffey** ist ebenso im Rennen wie **Raed Saleh**, der sich seinen Lebensraum erfüllen möchte. Seit 2011 ist **Saleh Fraktionsvorsitzender**. In seiner Amtszeit ist die SPD von 28,3 (2011) auf 18,4 Prozent (2023) abgeschmiert. Unter dem Regierenden Bürgermeister und Landesvorsitzenden **Michael Müller** erreichte die SPD 2016 noch 21,6 Prozent. Unter den beiden Landesvorsitzenden **Franziska Giffey** und **Raed Saleh** ging es 2021 (21,4%) und 2023 (18,4%) steil abwärts. Keine Werte, die sich für eine Bewerbung eignen.

Zum Schluss noch ein paar Sätze aus dem Statement von **Jürgen Zöllner** bei der Vorstellung der Initiative zum Thema Listenaufstellung für die Bundestagswahl 2025. „Vor allem aber seien, so Zöllner, die Personen, die es auf die ersten vier Plätze der Landesliste geschafft haben, Symptom für das Kernproblem der SPD: den verlorenen Kontakt zur arbeitenden Mitte. Denn: Von den vier Erstplatzierten auf der Landesliste habe gerade einmal eine Person einen ‚normalen‘ Job vor der politischen Karriere gehabt, so Zöllner. „Wie soll denn die arbeitende Bevölkerung glauben, dass die in der Lage sind, ihre Interessen bei der Bundesgesetzgebung zu berücksichtigen?“

Quelle: Berliner Morgenpost

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch